

Vorschlag des Koordinierungskreises „Bremer MieterInnen-Ratschlag“
für die Vollversammlung am 11. Sept. 18-20h im DGB-Haus (Tivolisaal)

Kampagne für bezahlbare Mieten und eine kommunale Bodenpolitik, mithilfe eines Bürgerantrags an die Bremische Bürgerschaft mit folgendem Text:

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner beantragen, die Bremische Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, die Veräußerung von kommunalem Grundbesitz zu beenden und stattdessen kommunale Grundstücke durch Erbbaurecht mit langfristigen Nutzungsvorgaben zu vergeben.
2. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, ein Moratorium für laufende Planungen zum Verkauf kommunalen Bodens zu erlassen, in dem geprüft wird, welche zur Zeit laufenden Verkaufsprozesse kommunalem Bodens gestoppt werden können.
3. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, für alle Neubauprojekte umgehend die Sozialquote auf mindestens 30 % und die Sozialbindung auf mindestens 40 Jahre zu erhöhen.
4. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, umgehend in Bremen einen Mietendeckel einzuführen.

Erläuterung zum Instrument des „Bürgerantrages“ und warum es in unserer jetzigen Lage geeignet ist, die Bewegung der MieterInnen und Wohnungsaktivisten in Bremen voranzubringen:

Ein Bürgerantrag braucht 5000 gültige Unterschriften (handschriftlich und/oder elektronisch) von „Einwohner*innen des Landes Bremen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben“ (in der Stadt Bremen 4000 Unterschriften) um wirksam zu werden. Das ist realistisch von uns erreichbar und hat den beabsichtigten Haupteffekt, dass beim Sammeln mobilisiert wird für wichtige Kernanliegen (kommunalen Boden erhalten, Sozialwohnungsbau mit längerer Sozialbindung, Mietendeckel). Wir beziehen uns dabei bewusst auf in vager Form im Koalitionsvertrag auftauchende Formulierungen. Diese würden ohne Druck von Basisbewegungen, wegen des Einflusses der renditeorientierten Wohnungswirtschaft und wegen des „Finanzierungsvorbehaltes“, nicht in der sog. „Realpolitik“ ankommen. Es sind Forderungen, die im kommenden Regierungsjahr realistisch umsetzbar wären und damit für die unter starken Mietsteigerungen leidenden Bremer BürgerInnen unmittelbar spürbar zu Entlastungen führen würden. Das wäre eine gute Ausgangsbasis für spätere, längerfristige Anliegen wie z.B : kommunale Verfügung über Grund und Boden ausweiten (Fachwort „Bodenbevorratung“) bei Brachflächen und Gewerbeleerstand. Und auch für eine mögliche VONOVIA und GRAND CITY PROPERTIES Enteignungskampagne.

Wir haben nach Einreichung des Bürgerantrags 6 Monate Zeit zu sammeln (per Hand und parallel elektronisch mit einer Onlinepräsenz des Textes auf der WEB-Seite der Bürgerschaft). Wir könnten starten Ende Oktober und würden die Kampagne über die Zeit der Haushaltsberatungen bis Ende März 2020 gut nutzen können. Wir müssten 3 Vertreter*innen der Bürgerantragskampagne benennen, die den Antrag einreichen und Ansprechpartner wären. Der Bürgerantrag fordert die (Stadt)Bürgerschaft auf, über das im Text formulierte Anliegen der Bürger*innen zu beraten und zu beschließen. In §1 des Gesetzes heißt es: „Durch Bürgeranträge werden der Bürgerschaft Gegenstände zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet.“ Natürlich könnte das alles in der Bürgerschaft versandt oder abgeschmettert werden, es geht ohnehin nur mit einer öffentlichkeitswirksamen Basis-Bewegung. Es gibt sehr erfolgreiche Beispiele für erfolgreiche Kampagnen mithilfe von Bürgeranträgen, z.B. die Verhinderung des von der großen Koalition (CDU/SPD) ursprünglich geplanten Verkaufs der GEWOBA Anfang der 2000er Jahre.

Die Lage in Bremen ist verglichen mit anderen Städten dramatisch, weniger wegen der absoluten Mietenhöhen (Berlin, München, Frankfurt toppen das deutlich) sondern wegen der traurigen, bundesweiten Spitzenwerte in der Armutsquote (22,5% der Einwohner) und dem damit verbundenen sehr hohen Anteil von MieterInnen, die nach erheblichen Mietpreissteigerungen in den letzten 10 Jahren heute deutlich mehr als 30% ihres Einkommens für „Wohnen“ ausgeben müssen.

Großer Bremer Mieter*innen- Ratschlag 11. September 2019 18-20h im DGB-Haus



Der Koordinierungskreis des „Bremer MieterInnen-Ratschlags“ besteht zur Zeit aus 6 Aktiven und ist immer offen für weitere Interessierte, unser nächstes Treffen findet am 23. Okt. statt, Treffen um 18h im Foyer der DGB-Hauses. Der Ko-Kreis organisiert die z. Zt. 2-4 Mal im Jahr stattfindenden Vollversammlungen, kümmert sich um Organisation, Initiativen und Umsetzung der gemeinsamen Vorhaben. Wir kooperieren intensiv mit dem „Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen“, ver.di, dem Bremer Bündnis Soziale Arbeit und vielen weiteren Mieterinitiativen und Wohnungsaktivisten. Alle sind willkommen sich mit ihren Ideen, Aktionen und Vorschlägen einzubringen!

E-Mail: bremebuendnissozialearbeit@gmx.de

Aktuelle Infos und Termine auf der WEB-Seite:
<https://bremebuendnissozialearbeit.jimdo.com/>